Nr. 256. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 4. Juni 1898.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die preußischen Finanzen.

Der preußische Finanzminister Herr von Miquel hat dem Kaiser und König einen Immediatbericht über die Finanzverwaltung Preußens vom 1. Juli 1890 bis 1. Juli 1897 erstattet. Der „Reichsanzeiger" ist in den Stand gesetzt, „einige Auszüge" aus diesem Bericht — die im amtlichen Blatt 30 Druckspalten füllen — zu veröffentlichen. Der Bericht geht davon aus, daß die Lage des Staatshaushalts im Anfang dieses Jahrzehnts, also bei Beginn der Berichtsperiode, eine schwierige geworden war. Der Fehlbetrag betrug 1890—91 beinahe 43 Millionen Mark. Die gegenwärtige Finanzverwaltung hat es deshalb als eines ihrer Hauptziele angesehen, „neben Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die gedeihliche Fortentwickelung und Fortführung des Staatsgedankens und der allgemeinen Staatszwecke vor Allem einer sicheren und festen Gestaltung des Finanzwesens, einer nachhaltigen Besserung der ungünstig gewordenen finanziellen Lage des Staates besondere Aufmerksamkeit zu widmen und zu diesem Behufe nicht nur überschnelle, den Etat dauernd belastende Ausgabevermehrungen besonders in den Defizitjahren zu vermeiden, sondern auch den Einnahmequellen des Staates pfleglichste Behandlung angedeihen zu lassen". Dem Bericht ist eine Generaltabelle beigegeben, welche die finanziellen Ergebnisse der Zeit von 1880—81 bis 1898—99 nachweist. Wir geben im Nachstehenden daraus eine Reihe der wichtigsten Zahlen und zwar in abgerundeten Summen wieder. Die Domänen lieferten 1880—81: 23 Millionen und 1890—91: 22 Millionen Mark Ueberschuß. In dem Etat für 1898—99 ist derselbe auf 19 Millionen veranschlagt. Dagegen stieg der Ueberschuß aus den Forsten von 20 Millionen im Jahre 1880—81 auf 33 Millionen im Jahre 1890—91, um auf voraussichtlich 27 Millionen im Jahre 1898—99 zurückzugehen. Die direkten Steuern lieferten 1880—81: 156 Millionen Ueberschuß, 1890—91: 163 Millionen und werden 1898—99 nach dem Etat 155 Millionen ergeben. Zu bemerken ist dabei, daß bis 1895—96 die Bergwerksabgabe in diese Summe eingerechnet war. Ueberschuß aus den indirekten Steuern 1880—81: 16 Millionen, 1890—91: 43 Millionen, 1898—99: 42 Millionen; aus den Bergwerken, Hütten und Salinen 1880—81: 10 Millionen, 1890—91: 21 Millionen, 1898 bis 1899: 16 Millionen; aus den Eisenbahnen 1880—81: 94 Millionen, 1890—91: 298 Millionen, 1898—99: 439 Millionen. Von diesen Eisenbahnüberschüssen müssen aber die Pensionen und (seit 1889) die Reliktengelder abgezogen werden, was den Ueberschuß für 1898—99 um 16 Millionen vermindert. Der Ueberschuß, den Lotterie, Münze und Seehandlung lieferten, betrug 1880—81: 3 Millionen, 1890—91: 1½ Millionen und ist für 1898—99 auf 2 Millionen veranschlagt. In Summa lieferten die Betriebsverwaltungen einen Ueberschuß von 330 Millionen im Jahre 1880—81, von 591 Millionen im Jahre 1890—91, und für das Jahr 1898—99 ist derselbe auf 711 Millionen Mark veranschlagt. Für die Staatsschuld hatte Preußen 1880—81: 77 Millionen und 1890—91: 247 Millionen auszugeben; für 1898—99 ist diese Ausgabe auf 265 Millionen veranschlagt. Das finanzielle Verhältniß zwischen dem Reich und Preußen war in den Berichtsjahren ein stark schwankendes. 1880—81 zahlte Preußen 16 Millionen mehr an das Reich, als es von diesem empfing, 1890—91 dagegen bekam Preußen noch 46 Millionen heraus. Nach dem Etat für 1898—99 müßte Preußen an das Reich 9 Millionen mehr zahlen, als es von diesem erhält. Diese Annahme dürfte aber unzutreffend sein. Sowohl 1895—96 als 1896—97 hat Preußen noch 10 respektive 8 Millionen Ueberweisungen mehr erhalten, als es an Matrikularbeiträgen zahlen mußte. Die Ziffern für die „allgemeine Finanzverwaltung" kann man für die verschiedenen Etatsjahre nicht gut mit einander vergleichen, da sie außerordentlich schwanken; unter Anderem wurden daraus eine Reihe von Jahren die Ueberweisungen an die Kommunalverbände gezahlt. Dagegen ist der Zuschuß, den die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung in Summa erforderten, ständig gestiegen, von 109 Millionen im Jahre 1880—81 auf 293 Millionen im Jahre 1890—91 und (nach dem Etat) auf 318 Millionen im Jahre 1898—99. Die Ausgaben für das Staatsministerium betrugen 1880—81: 3 Millionen, 1890—91 (nachdem 1887—88 der Etat der Ansiedelungskommission hinzugekommen war) 4 Millionen, für 1898—99 sind sie auf 7 Millionen veranschlagt. Die Einnahmen sind wegen des Ansiedelungsgesetzes gewachsen von 2 Millionen im Jahre 1890—91 auf 4 Millionen im Jahre 1898—99. Die Ausgaben des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten betrugen 1880—81: 390 000 Mark, für 1898—99 sind sie veranschlagt auf 551 000 Mark. Die Ausgaben des Finanzministeriums sind gestiegen von 35 Millionen im Jahre 1880—81 auf 56 Millionen im Jahre 1890—91 und 92 Millionen (nach dem Etat) für 1898—99. Die Ausgaben der Bauverwaltung einschließlich des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten stiegen von 30 Millionen im Jahre 1880—81 auf 34 Millionen im Jahre 1890—91 und sollen 1898—99 betragen 49 Millionen. Die Einnahmen derselben stiegen von 1 Million (1880—81) auf (schätzungsweise) 10 Millionen (1898—99). Die Ausgaben der Handels- und Gewerbeverwaltung beliefen sich 1880—81 auf 1½ Millionen, 1890—91 auf 5 Millionen und sind für 1898—99 auf 10 Millionen geschätzt. Die Justizverwaltung erforderte einen Zuschuß von 38 Millionen im Jahre 1880—81, von 37 Millionen im Jahre 1890—91; für 1898—99 ist derselbe auf 41 Millionen veranschlagt. Die Verwaltung des Inneren erforderte an Ausgaben 1880—81: 42 Millionen, 1890—91: 47 Millionen und soll erfordern 1898—99: 62 Millionen. Die Einnahmen dieser Verwaltung stiegen von 4 Millionen (1880—81) auf schätzungsweise 13 Millionen (1898—99). Die landwirthschaftliche und Gestütsverwaltung hatte Ausgaben 1880—81: 13 Millionen, 1890—91: 18 Millionen und soll sie nach dem Etat 1898—99 haben in Höhe von 25 Millionen. Die entsprechenden Einnahmen dieser Verwaltung sind 4 Millionen, 4 Millionen, 4½ Millionen. Die Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, deren Einnahmen von 2½ Millionen im Jahre 1880—81 auf 4½ Millionen für 1898—99 angewachsen sind, hatten an Ausgaben zu verzeichnen 1880—81: 57 Millionen, 1890—91: 102 Millionen und soll nach dem Etat 1898 bis 99 an 146 Millionen ausgeben. In Summa erforderte die Staatsverwaltung einen Zuschuß von 206 Millionen im Jahre 1880—81, der für 1890—91 auf 285 Millionen stieg und für 1898—99 auf 393 Millionen veranschlagt ist. Das etatsmäßige Gesamtergebniß stellt sich für 1880—81 auf 806 Millionen Einnahmen und 791 Millionen Ausgaben, für 1890—91 auf 1747 Millionen Einnahmen und 1733 Millionen Ausgaben, für 1898—99 auf 2195 Millionen Einnahmen und 2195 Millionen Ausgaben. Den größten Ueberschuß hatte das Jahr 1889—90 mit 102 Millionen Mark, es folgten 1896—97 mit 95 Millionen und 1895—96 mit 60 Millionen. Das größte Defizit wies das Jahr 1891 bis 92 mit 43 Millionen auf, ihm zunächst standen 1893—94 mit 31 Millionen und 1881 bis 82 mit 26 Millionen Fehlbetrag.

Der Bericht geht sehr ausführlich auf die verschiedenen Verwaltungen ein.

Die Karenzzeit bei der Unfallversicherung.

Für eine wesentliche Verkürzung der Karenzzeit bei der Unfallversicherung tritt Dr. Wilh. Roth in Frankfurt a. M. in der „Soz. Praxis" lebhaft ein. Von Aerzten, die viel mit Unfallkranken zu thun haben, wird seit langer Zeit schon lebhaft die völlige Beseitigung der Karenzzeit verlangt. Sehr eindringlich hat dies in der Aerztekammer für Berlin-Brandenburg Dr. Thiem (Kottbus) gefordert. Die Gründe, auf die er seine Forderung stützt, sind im Wesentlichen aus der ärztlichen Erfahrung Dr. Thiems hervorgegangen. Eines ist es vor allem, was sich nach Dr. Thiem aus der Aufhebung der Karenzzeit Nützliches ergeben würde. Die ärztliche Behandlung des Unfallverletzten würde in allen Fällen frühzeitig beginnen und immer einheitlich gestaltet sein. Dr. Roth, der nicht so weit wie Dr. Thiem geht, sondern nur für eine Verkürzung der Karenzzeit auf vier Wochen eintritt, macht sich auch die Thiemsche Begründung zu eigen. Er geht aber weiter sehr gründlich auf die wirthschaftliche Seite der Sache ein. Gerade dies verleiht den Rothschen Ausführungen eine besondere Bedeutung. Zwei Einwänden, die gegen die Verkürzung der Karenzzeit erhoben werden, tritt er entgegen. Zunächst wird behauptet, die Verkürzung der Karenzzeit werde den Berufsgenossenschaften eine Arbeitslast aufbürden, die sie nach ihrer ganzen Organisation nicht bewältigen könnten. Darauf erwidert Dr. Roth: „Die schwer wiegende Bedeutung dieses Einwandes läßt sich nicht verkennen. Es giebt Berufsgenossenschaften, die sich über große Theile des Reiches, ja sogar über das ganze Reich erstrecken und entweder gar nicht oder nur in wenige Sektionen gegliedert sind; andere Berufsgenossenschaften wiederum umfassen zahlreiche kleine handwerksmäßige Betriebe; bei manchen Berufsgenossenschaften mögen auch beide Momente zusammentreffen. Bei einer derartig zentralisirten Organisation bietet selbstverständlich die sofortige Uebernahme der Fürsorge für alle, auch die kleineren Unfälle, erhebliche Schwierigkeiten und diese Schwierigkeiten werden noch dadurch bedeutend gesteigert, daß unser Krankenkassenwesen an einer all zu großen Zersplitterung leidet. Trotz alledem können wir die Schwierigkeiten doch nicht für unüberwindlich halten und können uns dabei auch auf die Aussagen des Vertreters der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft beziehen, der auf dem Berufsgenossenschaftstage 1897 erklärte, daß der Vorstand seiner Genossenschaft, die über ganz Norddeutschland sich erstreckt und zahlreiche, zerstreut liegende kleine Betriebe umfaßt, auf dem Standpunkte stehe, man solle „mit der ganzen Karenzzeit reine Bahn" machen. Schon jetzt müssen ja die Berufsgenossenschaften von jedem Unfall, auch wenn er nicht für sie von wirklicher Bedeutung wird, Kenntniß nehmen und im Anschluß an die Unfallanzeige verschiedene, wenn auch vielleicht an sich unbedeutende Verwaltungsakte vornehmen. Wie sich im Anschlusse hieran die sofortige Uebernahme der Unfallfürsorge durch die Berufsgenossenschaft zu vollziehen hätte, das zu bestimmen, muß den einzelnen Genossenschaften nach Lage ihrer besonderen Verhältnisse überlassen bleiben. Dem etwa für die einzelne Genossenschaft sich ergebenden Mangel an den nöthigen Vertrauenspersonen und Vertrauensärzten an den Orten, wo sich ein versicherungspflichtiger Betrieb befindet, könnte wohl durch Vereinbarungen mit andern Berufsgenossenschaften, die an demselben Orte versicherungspflichtige Betriebe haben, abgeholfen werden." Wir meinen, die Besorgniß, daß es irgendwo an einem Vertrauensarzt fehlen konnte, ist unbegründet. Dazu sind die Aerzte in Deutschland zu dicht gesät. Der zweite Einwand, der gegen die Verkürzung der Karenzzeit erhoben wird, ist: die finanziellen Lasten der Berufsgenossenschaft würden durch eine geringere Karenzzeit übermäßig gesteigert werden. Auch dies bestreitet Dr. Roth. Er wendet ein: „Einmal werden die Mehrausgaben auf der einen Seite durch Ersparnisse auf der anderen Seite (bessere Heilung der Unfallverletzten, Verkürzung der Erwerbsunfähigkeit) voraussichtlich mehr oder minder ausgeglichen werden — von anderen Vortheilen, die aus der Reform sich ergeben würden, ganz abgesehen. Sodann wird von den Freunden der jetzigen Karenzzeit selbst geltend gemacht, daß die den Krankenkassen aus der Tragung der Unfallasten während der ersten 13 Wochen erwachsende Belastung verhältnißmäßig gering sei, namentlich im Vergleich zu den Gesamtausgaben bei der Krankenversicherung. Wenn dies aber der Fall ist, wenn man weiter hinzunimmt, daß die Betriebsunternehmer auch an der Tragung dieser Krankenversicherungslasten betheiligt sind, daß ihnen ferner lediglich der dreizehnwöchigen Karenzzeit wegen außerdem noch eine unbedingte partielle Individualhaftung auferlegt werden mußte, die mit der Beseitigung der Karenzzeit in Wegfall käme, dann kann man doch kaum mehr die finanzielle Seite der Frage als ausschlaggebend betrachten."

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Ueber die angekündigte angebliche neue Schlacht bei Santiago sind bis gestern Abend keine positiven Nachrichten eingetroffen, doch wird durch verschiedene private Meldungen namentlich englischer Herkunft das Gerücht bestätigt. Admiral Sampson soll den Angriff leiten und die amerikanische Flotte bereits in der Stadt selbst beträchtlichen Schaden angerichtet haben. Das würde bedingen, daß die Amerikaner bereits den Eingang in den Hafen forcirt hätten, aber daran ist wohl kaum zu denken. Gleichzeitig wird bestätigt, daß sich 3000 Aufständische mit Geschützen unter dem Oberbefehl von Garcia selbst der Stadt nähern. Jedenfalls bedürfen alle diese Angaben noch sehr der Bestätigung.

Unter den Insurgenten selbst ist nach spanischen Angaben eine Spaltung eingetreten. Eine Depesche aus Havanna berichtet: Drei spanische Kanonenboote, welche Schiffe mit Lebensmitteln geleiteten, liefen in den Hafen von Cienfuegos ein. Als sich an einer Stelle des Ufers eine Schaar Insurgenten zeigte, eröffnete eines der Kanonenboote das Feuer, worauf die Insurgenten eine weiße Fahne hißten und erklärten, sich zwar nicht unterwerfen, aber auch nicht gegen die Spanier kämpfen zu wollen. Man glaubt, daß ihr Verhalten auf von Maximo Gomez erhaltenen Befehl zurückzuführen sei, während Calixto Garcia dafür sei, daß die Aufständischen zu Lande die seitens der Amerikaner geplante Aktion unterstützen. — In der Provinz Santiago de Cuba griffen die Insurgenten dieser Tage das in der Nähe von Holguin gelegene Fort Loma Cruz an, wurden aber zurückgeschlagen und hatten 68 Todte.

Holguin liegt nahe der Nordküste Kubas in der östlichsten Provinz Santiago de Cuba. Auch hier soll Garcia den Angriff geleitet und mit 500 Mann angegriffen haben, durch den tapferen Widerstand von 50 Freiwilligen im Fort und deren vernichtendes Feuer aber zum Rückzug gezwungen worden sein.

Die aus 39 Mann bestehende Besatzung des spanischen Dampfers „Rita", der, wie gemeldet, von dem amerikanischen Hülfskreuzer „Yale" aufgebracht wurde, ist nach Newyork gebracht und dem österreichischen Konsul übergeben worden, der sie nach Spanien zurückschaffen lassen wird.

Toll genug klingt eine Nachricht, die der Pariser „Gaulois" aus „ernster spanischer Quelle" geschöpft haben will. Danach wurde Admiral Villamil mit einem ziemlich werthlosen Geschwader nach Kuba geschickt und schloß sich in Santiago ein, Cervera dagegen umschiffte von den Kapverdischen Inseln aus das Vorgebirge der guten Hoffnung und hielt geradenwegs auf die Philippinen, wo er heute oder morgen fällig ist. Er wird dann in der Manilabucht Dewey unversehens überfallen und am amerikanischen Admiral Montojo's Niederlage rächen. Er ist stark genug, um auch die Verstärkungen abzufangen und zu vernichten, die Dewey in etwa zehn Tagen aus San Francisco erwartet. Admiral Camara wird mit seinem Geschwader aus Cadix gleichfalls nach den Philippinen segeln. Die spanische Regierung will dort alle Anstrengungen machen, Kuba, glaubt sie, könne sich selbst vertheidigen und brauche zunächst keinen Entsatz aus dem Mutterlande.

Der Pariser Korrespondent der „Voss. Ztg." fügt hinzu, daß in der französischen Hauptstadt Niemand dieser wunderbaren Geschichte Glauben schenke. — Auch hier wird selbstverständlich diese Doppelgängererzählung nur als ein heiteres Märchen in ernster Zeit betrachtet werden.

Mehr Beachtung verdient folgende Mittheilung des vorerwähnten Blattes: Die hiesigen Komptoire der deutschen Handelshäuser auf den Philippinen waren natürlich seit dem Eintreffen des amerikanischen Geschwaders vor Manila ganz ohne Verbindung mit ihren dortigen Geschäften. In diesen Tagen sind zum ersten Male wieder Meldungen von dort über Hongkong eingetroffen. Aus ihnen bekommt man ein ganz anderes Bild von den Zuständen auf Luzon, als nach den Mittheilungen aus amerikanischer Quelle. An erster Stelle wird berichtet, daß in Manila von einem Aufstande überhaupt nichts zu bemerken sei und Lebensmittel aus dem Innern reichlich zufließen. Die Amerikaner könnten daher mit ihrem Geschwader Jahre lang dort bleiben, die Bevölkerung von Manila werde es kaum empfinden. Die Eingeborenen leben fast nur von Reis und die spanischen Soldaten erhalten auch nicht viel mehr, nur die dortigen Fremden beanspruchen vielerlei andere Nahrungsmittel, deren Zufuhr jetzt ganz abgeschnitten ist. Ueberhaupt ist Handel und Industrie vollkommen lahm gelegt. Das Gesamtergebniß ist, daß die Blockade für die Spanier gar nichts bedeutet, aber die Fremden im höchsten Grade schädigt. Die dort ansässigen Europäer weisen darauf hin, daß es jetzt angebracht wäre, wenn die betreffenden Mächte zum Schutze ihrer Angehörigen und deren Interessen einschritten. Nach amerikanischen Meldungen sind von San Francisco 2500 Mann nach den Philippinen abgegangen; in Manila ist man der Ueberzeugung, daß es diesen Leuten in jeder Hinsicht schlecht gehen wird, man bedauert sie.

Aus dem Reiche.

Der **Kaiser** traf gestern um 12¼ Uhr in der Uniform des 1. Leib-Husaren-Regiments Nr. 1 in Langfuhr ein, wurde von dem Kommandeur der 36. Division, General-Lieutenant von Pfuhlstein, und dem Kommandeur der 36. Kavallerie-Brigade, Oberst Rosentreter, empfangen und fuhr nach der Kaserne des 1. Leib-Husaren-Regiments Nr. 1. Dort stieg der Kaiser mit dem Gefolge zu Pferde und nahm sodann auf dem Exerzierplatze die Parade über die gesamte Garnison ab. Nach der Parade fand ein Frühstück in dem Kasino des Husaren-Regiments statt, woran der Chef des Marinekabinets, Kontreadmiral Frhr. v. Senden-Bibran, der Generaladjutant General-Lieutenant v. Plessen, die Flügeladjutanten Oberst Mackensen und Oberstlieutenant v. Pritzelwitz, sowie der Hofmarschall v. Lyncker theilnahmen. Am Schluß der Parade war ein starkes Unwetter eingetreten. Um 4½ Uhr traf der Kaiser, von Langfuhr kommend, auf der kaiserlichen Werft zu Danzig ein und wurde dort von dem Oberwerftdirektor v. Wietersheim empfangen. Vor dem Schiffe „Freya" wurde der Kaiser von dem Staatssekretär des Marineamts, Staatsminister Tirpitz, und den Werftdirektoren begrüßt und besichtigte über eine Stunde lang das Schiff und die Maschinenwerkstätte der Werft. Nach 6 Uhr fuhr der Kaiser mit der Yacht der Werft nach dem Hafen von Neufahrwasser zur „Hohenzollern". — Der Generalsuperintendent von Berlin, **Hof- und Domprediger D. Faber**, ist von seiner Krankheit wieder hergestellt und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen. — Der Vizepräsident der zweiten sächsischen Kammer, **Dr. Lothar Streit**, früher Oberbürgermeister von Zwickau, ist in Zwickau im 76. Lebensjahr gestorben. — Im **Lockstedter Lager** explodirte auf unaufgeklärte Weise in den Wagenhäusern der neunten Artillerie-Brigade ein Geschoß; die Depotarbeiter Gesau und Winseldorf sind schwer, der Arbeiter Cluever ist tödtlich verletzt. — Die **Kanalisations- und Wasserleitungsvorlage** des Magistrats von Bromberg ist mit einer Anleihe von 1 080 000 Mark einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung angenommen worden. — Der „Wormser Ztg." zufolge hat sich ein **Offizier** des 118. Infanterie-Regiments erschossen. Die Ursache zu dem Selbstmord ist nicht bekannt. — Nach der „Hartungschen Ztg." trifft am 7. Juni eine Ministerialkommission zum Abschlusse des **Kaufvertrages mit Geheimrath Becker** wegen der Uebernahme der Bernsteinförderung in Königsberg ein. Der Kaufpreis soll zehn Millionen betragen. — Eine Versammlung von Vertretern des Handels und Gewerbes sowie interessirter städtischer und ländlicher Behörden von Oldenburg und Ostfriesland gründete einen **Nordwestdeutschen Kanalverein.** Der Zweck des Vereins ist Vorarbeit und Agitation für den Ausbau des Hunte-Emskanals als einer mit dem Dortmund-Emskanal zwischen Unterems und Unterweser gleichwerthigen Wasserstraße. — In dem Städtchen Ohligs bei Barmen hat der vormalige Gasdirektor Giersberg dem Bürgermeister Trommershausen und dem Stadtverordneten Killing, die sich in einer Stadtrathssitzung kritische Bemerkungen über die Verwaltung des Gaswerkes erlaubt hatten, eine **Forderung auf krumme Säbel** zugehen lassen, die von beiden abgelehnt wurde.

Deutschland.

Berlin, 4. Juni.

— Aus dem Wortlaut der in Freiburg betreffs der Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles veröffentlichten üblichen Bekanntmachung des Kapitalsvikariats folgert die „Germania", „daß diesmal an die Stelle der kanonischen Wahl die direkte Besetzung des Freiburger Erzbisthums durch den päpstlichen Stuhl treten wird". Danach scheint man im Vatikan dem Freiburger Kapitel und Herrn Wacker keine neue Gelegenheit zu Quertreibereien gegen den Staat gewähren zu wollen.

— In Bezug auf die Ansprüche der South African Territories Company auf Landabtretungen in Deutsch-Südwestafrika bringt die „Nat.-Lib. Korr." folgende Mittheilung:

Der Nachweis der Bildung einer Gesellschaft (?) mit einem Betriebskapital von 200 000 Mark zum Bau einer Eisenbahn bezw. Tramway in dem in Rede stehenden Gebiete und zu anderen Anlagen sollte genügen, der Gesellschaft das Recht der Auswahl von 128 Farmen von je 10 000 Kapschen Morgen dortselbst zu geben. Sobald weiter der Nachweis einer weiteren Zeichnung (?) von 200 000 Mark für den gedachten Zweck und der ersten Inangriffnahme der bezeichneten Arbeiten geliefert wäre, sollte die Gesellschaft einen Anspruch auf weitere 120 Farmen von je 10 000 Kapschen Morgen haben, und nach 15 Jahren sollte sie abermals 256 Farmen von gleicher Größe fordern können. Die sämtlichen Farmen sollten der Gesellschaft zur Auswahl überlassen sein und als ausschließliches Eigenthum überwiesen werden. Wenn jetzt in der Presse von 158 Farmen zu je 10000 Kapschen Morgen die Rede ist, auf welche die South African Territories-Comp. Anspruch erhebe, so ist damit, ganz abgesehen von allen anderen Rechten, die der Gesellschaft zugestanden sind, nur der vierte Theil des Gebietes angegeben, welches im Laufe weniger Jahre in die Hände der letzteren kommen könnte. Der Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Major Leutwein, weigert sich, seine Zustimmung zu der Auswahl der Farmen zu geben mit der Begründung, daß dieselbe eine Vertreibung der Eingeborenen aus den betreffenden Länderstrecken und Unruhen hervorrufen müsse.

— Die Abnahme des für die Fremdentrauungen auf Helgoland durch die Schleswig-Holsteinische Verordnung vom 28. November 1800 vorgeschriebenen sogenannten Integritätseides ist nicht ein Akt der Gerichtsbarkeit, sondern ein polizeilicher Akt. Nach der bezeichneten Verordnung war die Eidesabnahme der „Obrigkeit", d. h. nach dem ganz feststehenden Sprachgebrauche jener Zeit der unteren Verwaltungsbehörde zugewiesen. In diesem Verhältnisse ist während des Bestehens der englischen Herrschaft auf Helgoland Nichts geändert worden. Fortdauernd ist es die untere Verwaltungsbehörde gewesen, welche den Eid abgenommen hat. Dies gilt insbesondere auch von der Zeit seit der ordinance 1 vom 2. Mai 1864, durch welche die Eidesabnahme dem Police court (Polizeihof, Polizeigericht) übertragen wurde. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 18. Februar 1891, betreffend die Vereinigung der Insel Helgoland mit der preußischen Monarchie, sind alle diejenigen Rechte und Pflichten des Police court, welche Gegenstände der Verwaltung betrafen und nicht von dem Landrathe an sich gezogen wurden, auf den landräthlichen Hülfsbeamten übergegangen. Diesem stehen auch, wie der Minister des Innern im Einverständnisse mit dem Justizminister entschieden hat, die Befugnisse des Police court hinsichtlich jener Eidesabnahme zu.

— Ein von französischen Blättern gemeldeter Grenzzwischenfall vom 29. Mai beschränkt sich darauf, daß mehrere Soldaten des sächsischen Fußartillerie-Regiments in Metz am ersten Pfingstfeiertage in der Nähe von Mars-la-Tour die hier sehr schwer kenntliche Grenze versehentlich überschritten und von französischen Zollwächtern zurückgewiesen wurden, wobei es zu einem Wortwechsel kam, da beide Parteien sich nur schwer verständlich machen konnten; zu Thätlichkeiten ist es nicht gekommen. Die Soldaten zogen sich über die Grenze zurück. Wir hatten von der Meldung dieses Grenzkonfliktes gar keine Notiz genommen, da sich bekanntlich die Nachrichten französischer Boulevardblätter auf jener Grenze bewegen, welche zwischen blühender Phantasie und kecker Verlogenheit schwankt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 3. Juni. Abgeordnetenhaus. In fortgesetzter Debatte über die Sprachenanträge erklärt Abg. Kronawetter, in weiten Volkskreisen herrsche die Ueberzeugung, daß das Haus seiner Aufgabe nicht gerecht werde. Diesem Zustande müsse ein Ende gemacht werden. In den Gautsch'schen Sprachenverordnungen erblickt Redner einen gewissen Fortschritt. Der Sprachenausschuß verdiene das Wohlwollen aller Parteien, er werde für denselben stimmen. Abg. Schnecker bespricht die Grazer Vorgänge und sagt, so lange die Sprachenverordnungen nicht aufgehoben würden, werde das Haus nicht arbeitsfähig werden. Die Behauptung, die Deutschen Böhmens strebten nach Vorherrschaft, sei lächerlich. Die Deutschen wollten nur den Frieden in Böhmen. Redner verlangt die Kodifizirung der deutschen Staatssprache. Abg. Tittinger bezeichnet das Verlangen nach Herrschaft der Deutschen als Nation in Oesterreich als undurchführbar. Die Deutschen könnten nur die Führerschaft anstreben, welche aber nicht durch Gesetze erzwungen werden könne. Die Obstruktion der Deutschen gegen den Sprachenausschuß wäre verfehlt, da die Verhandlungen dort jedenfalls zur Aufgabe der Sprachenverordnungen würden führen müssen. Abg. Pfersche erklärt, die Sprachenverordnungen müßten aufgehoben werden. Redner bespricht die Ernennung des Grafen Gleispach zum Oberlandesgerichtspräsidenten von Steiermark, kritisirt das Verhalten des böhmischen Feudaladels, der sich mit der radikalen Politik verbände, verurtheilt das Verhalten des böhmischen Statthalters und erklärt eine Verständigung für unmöglich, so lange die jungczechische Partei die Führerschaft im Volke habe. Die nächste Sitzung findet am Montag statt.

Schweiz.

Bern, 3. Juni. Der Bundesrath beantragte bei der Bundesversammlung, daß die durch Gesetz vom Jahre 1878 für den Simplondurchstich grundsätzlich zugesicherte eidgenössische Subvention von 4½ Mill. Franks ausbezahlt werde, und setzte die jährlichen Einlagen in den Erneuerungsfonds gemäß dem Eisenbahnrechnungsgesetz fest. Ferner wird der Bundesrath der Bundesversammlung einen Gesetzentwurf unterbreiten, wodurch im Zusammenhang mit der projektirten allgemeinen Kranken- und Unfallversicherung Militärpersonen gegen Krankheit und Unfall vom Bunde versichert werden sollen.

England.

London, 3. Juni. Das „Reutersche Bureau" erfährt, eine starke englische Truppenabtheilung werde einen Theil der englisch-egyptischen Expedition nach Khartum bilden. Die Expedition werde insgesamt 20 000 Mann umfassen und Anfang Oktober dort eintreffen. Es geht das Gerücht, die Derwische hätten Shabluka, die stärkste Stellung zwischen Berber und Khartum, geräumt. Der Khalif konzentrire seine Streitkräfte in der Nähe von Omdurman.

Arbeiterbewegung.

In **Stralsund** ist der Streik der Tischler beendet, nachdem in den meisten Werkstätten die Lohnerhöhung bewilligt ist, es befinden sich nur noch zwei Gesellen im Ausstand. — In **Kolberg** wollen die Tischler in den Ausstand treten, wenn die Meister bis zum 6. d. M. die Forderung eines Stundenlohnes von 30 Pfg. bei 10stündiger Arbeitszeit nicht bewilligen. — In **Teplitz** befinden sich sämtliche Steinarbeiter seit 14 Tagen wegen Lohnstreits im Ausstand. — In **Horsens** (Jütland) sind die Baumwollenweber in den Ausstand eingetreten. — Aus **Mailand** wird der „Frkf. Ztg." gemeldet: Die Ausstände der Reisarbeiter in der Provinz Vercelli dauern fort. Militär wurde am Mittwoch nach Villata und Cossata abgesandt. In Monza befinden sich 150 Weber im Ausstande. — In **Landsberg a. W.** ist der Maurerausstand als beendet anzusehen. Am Donnerstag früh haben sämtliche noch vorhandenen Maurer, 102 an der Zahl, die Arbeit wieder aufgenommen. 107 Maurer waren von den Meistern und Unternehmern gefordert worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. Juni. Der am nächsten Donnerstag stattfindenden Stadtverordneten-Versammlung geht eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus zur Vornahme der Wahl von 5 Vertrauensmännern für den für das Jahr 1899 zu bildenden Ausschuß des königlichen Amtsgerichts. — Die Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung hat in öffentlicher Sitzung nicht weniger als 49 Vorlagen, dieselben sind meist nicht bedeutende, aber einige sind doch von Interesse, so wird die Zustimmung zur Aufnahme einer neuen Anleihe in Höhe von 25 000 000 Mark und zu dem Projekt zur Neuherstellung der Straße, welche an der Jasenitzer Bahn entlang die Berliner- und Pasewalker Chaussee verbindet, die Bewilligung von 128 500 Mark gefordert, weiter von größeren Bewilligungen 36 400 Mark zu den Fundamentirungsarbeiten des Monumental-Brunnens auf dem untern Rathhausplatz, 38 600 Mark für die Beschaffung des Inventars der Schulen an der Schillerstraße, 66 000 Mark für Reparaturen in den beiden Lagerschuppen des ehemaligen Petroleumhofes am Dunzig. Außerdem soll die Wahl von zwei Mitgliedern der Versammlung zur Theilnahme an dem am 20. d. M. in Stolp stattfindenden Städtetage vorgenommen werden.

* Während des Monats Mai gingen bei der Zentralstelle für Hülfsbedürftige und Arbeitsnachweis des Zentral-Verbandes der Stettiner Vereins-Armenpflege — Klosterhof 12 — 149 Gesuche bezw. Meldungen ein. Es wurden 29 Hülfesuchende mit Mittagessen, 1 mit Brod, 85 mit Abendbrod, Nachtlager und Morgenbrod unterstützt; 3 Hülfesuchende wurden den Spezialvereinen und 7 den Innungen überwiesen, 2 Gesuche wurden als unbegründet zurückgewiesen. Arbeitergesuche gingen 12, Arbeitsgesuche 10 ein; in 17 Fällen konnte Arbeit nachgewiesen werden.

— Dem Bundesvorstand des deutschen Kriegerbundes, General der Infanterie z. D. v. Spitz, ist aus dem kaiserlichen Zivilkabinet folgendes Schreiben zugegangen:

Berlin, den 26. Mai 1898.

Euerer Excellenz beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 21. d. M. ganz ergebenst mitzutheilen, daß ich nicht unterlassen habe, den Bericht über die Grundsteinlegung des dritten Waisenhauses des deutschen Kriegerbundes, des Reuthe-Fink-Hauses zu Osnabrück sowie die dem Grundstein eingefügte Urkunde Sr. Majestät dem Kaiser und Könige zu unterbreiten. Se. Majestät geruhten mit Befriedigung von dem würdigen Verlauf der schönen Feier und der trefflichen Ehrung des um das Kriegervereinswesen hochverdienten Generallieutenants von Reuthe-Fink Kenntniß zu nehmen und lassen Euere Excellenz ersuchen, dem deutschen Kriegerbunde Allerhöchstihren Dank und wärmsten Segenswunsch zu dem neuen Unternehmen werkthätiger Nächstenliebe zu übermitteln.

gez. von Lucanus.

— Der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Minister für Handel und Gewerbe haben die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten mit Anweisung dahin versehen, daß künftig alle Entwürfe für Brückenbauten überschiffbare Gewässer vor der vorgeschriebenen Einholung der Zustimmung des Ministers der öffentlichen Arbeiten und vor der landespolizeilichen Prüfung den Schifffahrtsinteressen zur Aeußerung ihrer Wünsche und Bedenken zugängig zu machen und zu diesem Zwecke in jedem einzelnen Falle geeignete Persönlichkeiten aus Schifffahrtskreisen zuzuziehen und anzuhören sind. Ob diese Anhörung bereits in der Bezirksinstanz, oder erst in der Provinzialinstanz erfolgt, ist dem behördlichen pflichtmäßigen Ermessen überlassen; der Nachweis, daß sie ordnungsmäßig stattgefunden hat, muß jedoch bei Vorlage der betreffenden Entwürfe vor dem Minister der öffentlichen Arbeiten geführt werden. In allen denjenigen Fällen, bei denen die seitens der Schifffahrtsbetheiligten erhobenen Bedenken gegen die ihnen vorgelegten Entwürfe nicht haben ausgeglichen werden können, ist unter Vorlegung dieser und der gepflogenen Verhandlungen zu berichten und Entscheidung einzuholen.

— Nachdem durch das Gesetz vom 7. März d. Js. die Verpflichtung der unmittelbaren Staatsbeamten zur Kautionsleistung im Allgemeinen aufgehoben worden ist, hat eine Stadtgemeinde, welche die Kautionspflicht auch für ihre städtischen Beamten aufzuheben beabsichtigt, die Frage aufgeworfen, ob und inwieweit die Stadtgemeinden hierzu nach der bestehenden Gesetzgebung befugt sind. Diese Frage hat der Minister des Innern in einem Erlasse an die Regierungspräsidenten dahin beantwortet, daß — abgesehen von den Städteordnungen für Hannover und für Schleswig-Holstein, welche den Kämmerer bezw. Stadtkassirer zur Stellung einer Kaution als verpflichtet bezeichnen — die Beschlußfassung, ob und welche Kaution von gewissen Gemeindebeamten zu leisten sei, den Gemeindebehörden überlassen ist. In diesem Sinne ist in der Begründung zu dem Entwurfe des Gesetzes, betreffend die Aufhebung der Verpflichtung zur Bestellung von Amtskautionen, ausgeführt worden, es werde ein Kommunalverband, welcher zur Abschaffung der Dienstkautionen schreiten wolle, selbstständig nach Lage seiner Verhältnisse die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßregel zu prüfen haben. Der Minister hat dazu bemerkt, daß hierbei mit besonderer Vorsicht vorzugehen sei; es werde namentlich zu erwägen sein, daß die Gründe, welche zur Aufhebung der Beamtenkautionen im Staatsdienste geführt haben, in erster Linie der Gesichtspunkt der Selbstversicherung des Staates gegen die Gefahr der Amtsdefekte, für die Stadtgemeinden bei dem ungleich kleineren Kreise ihrer Beamten nicht Platz greifen. Von diesen Erwägungen aus werden die Kommunalaufsichtsbehörden, insoweit sie bei den Beschlußfassungen der Gemeindeorgane über die Beamtenkautionen mitzuwirken haben, einen Gemeindebeschluß über Aufhebung der Kautionspflicht für städtische Beamte zu prüfen und dabei insbesondere in Betracht zu ziehen haben, ob die Einrichtung des Kassenwesens in der betreffenden Stadtgemeinde genügende Sicherheiten für die Vermeidung von Defekten darbietet. Was die entsprechenden Verhältnisse in den Landgemeinden betrifft, für welche nur die Landgemeindeordnungen für Westfalen und die Rheinprovinz eine gesetzliche Nöthigung zur Einforderung von Amtskautionen enthalten, so werden auf sie die obigen Ausführungen in verstärktem Maße Anwendung zu finden haben, da hier die Kassenorganisation nur selten die Kautionsbestellung entbehrlich machen wird. Hinsichtlich der Beamten kommunaler Sparkassen verbleibt es bei den Bestimmungen in Nr. 18 des Sparkassenreglements vom 12. Dezember 1838.

— Die Stettiner Straßen-Eisenbahn hat seit Einführung des elektrischen Betriebes und des damit verbundenen 10 Pfennig-Tarifs einen fortgesetzt steigenden Verkehr, besonders an den Pfingsttagen hatte derselbe einen großen Umfang angenommen und dadurch erklärt sich die bedeutende Betriebs-Einnahme der Gesellschaft im Monat Mai. Dieselbe betrug im Mai 1898 77 596,90 Mark, im Mai 1897 37 275,95 Mark, 1898 mehr 40 320,95 Mark, bis ultimo April mehr 110 231,05 Mark, mithin bis ultimo Mai mehr 150 552 Mark.

— (Personal-Chronik.) Der Privatsekretär Krieg aus Trossin ist zum Bürgermeister der Stadt Daber gewählt, bestätigt und in sein Amt eingeführt worden. — Der Rittergutsbesitzer, Generallandschaftsrath Freiherr von Steinaecker zu Rosenfelde ist zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks Rosenfelde ernannt worden. — Der Steuersupernumerar von Lübtow in Demmin ist zum Steuersekretär ernannt.

— Auf den Greifenhagener Kreisbahnen verkehren auf der Strecke Finkenwalde—Hoeckendorf, Hohenkrug—Buchholz, Kellerbecker Mühle—Neumark vom morgigen Sonntag ab bis auf Weiteres an jedem Sonntage Sonderzüge, welche Anschlüsse an die von Stettin um 9 Uhr Vorm., 10,31 Vorm., 1,35 Mitt. und 10,51 Abends abgehenden und die 10,28 Vorm., 1,40 Mitt., 5,32 Nachm., 9,50 Abends und 10,05 Abends in Stettin eintreffenden Züge haben.

— Die Eröffnung des neuerbauten Strandkasinos im Seebad Heringsdorf findet am 20. d. M. mit einer besonderen Feier statt.

— Der Fischer Wilhelm Stein in Mönkebude hat am 30. November 1897 die Fischer Karl Häger, Karl Müller, Hermann Genz und Hermann Stein, sämtlich aus Mönkebude, vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese menschenfreundliche That wird seitens des Herrn Regierungspräsidenten zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

— Am Schullehrer-Seminar zu Pölitz ist der bisherige kommissarische Lehrer an dieser Anstalt Otto Zunker als ordentlicher Seminarlehrer angestellt worden.

* Anläßlich des Besuches Sr. Majestät des Kaisers in Stettin werden am Montag zeitweilige Absperrungen sowohl am Hafen wie in der Stadt erforderlich, sodaß der Schiffs- und Wagenverkehr in Folge dessen einigen Beschränkungen unterliegt. Es soll jedoch, soweit angängig, einzelnen Wagen und der Straßenbahn von den an Ort und Stelle postirten Beamten die Passage freigegeben werden. Gesperrt werden von 11 Uhr Vormittags ab: der Oderstrom von der Baumbrücke bis zur unteren Hafengrenze sowie der Oder-Dunzig-Kanal für jeden Schiffs- und Bootsverkehr, ferner die Straße am Bollwerk vor der Handelshalle, die Junkerstraße, der Klosterhof und die Große Ritterstraße für den Wagenverkehr; von 12 Uhr Mittags ab die Große Ritterstraße, die mittleren Promenadenwege am Königsplatz und am Paradeplatz, die südliche Straße am Berliner Thor und die Bellevuestraße vom Platz am Berliner Thor bis zur Friedrichstraße; von 3¾ Uhr Nachmittags ab die Kurfürstenstraße, die nördliche Straße am Berliner Thor, der Promenadenweg vor der Hauptwache, die Grüne Schanze, die Charlottenstraße, die Straße am Marktplatz und der dem Bahnhofsgebäude zugekehrte Theil des Platzes vor dem Bahnhofe. Den Schloßhof dürfen in der Zeit von 11¼—12½ Uhr Mittags nur diejenigen Personen betreten, welche sich über den Zweck ihres Kommens auszuweisen vermögen.

* Am 10. Juni rückt das Feldartillerie-Regiment Nr. 2 zu einer mehrwöchentlichen Schießübung nach Hammerstein aus.

* Der Verbleib des bei dem Fahrradhändler Schröder am Paradeplatz erschwindelten Fahrrades ist bereits ermittelt worden, der Entleiher hat dasselbe für 45 Mark versetzt und den Pfandschein für 15 Mark verkauft. Der Betrüger hat sich dabei für einen Kellner Max Abraham ausgegeben, während er vorher als Techniker Hugo Barnim aus Berlin aufgetreten war. Der Mensch ist 20 bis 25 Jahre alt, mittelgroß und trägt kleinen dunklen Schnurrbart.

* Verhaftet wurde hier der Arbeiter Albert Jung wegen Kuppelei, Körperverletzung und Erpressung, ferner der Arbeiter Karl Bucht wegen Widerstandes.

* In einem Hotel der Unterstadt stieg gestern Abend ein Fremder ab, der sich als Gutsbesitzer aus Swinemünde in das Fremdenbuch eintrug. Heute Vormittag wurde der Gast todt in seinem Bette aufgefunden, neben demselben auf dem Nachttischchen stand eine Flasche mit dem Rest einer säuerlich riechenden Flüssigkeit. Der Polizei wurde sogleich Anzeige erstattet und die Untersuchung der verdächtigen Flüssigkeit veranlaßt.

* Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,40, Filet 1,80, Vorderfleisch 1,20 Mark; Schweinefleisch: Kotelettes 1,60, Schinken 1,30, Bauch 1,20 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,60, Keule 1,50, Vorderviertel 1,20 Mark; Hammelfleisch: Kotelettes 1,50, Keule 1,40, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck (ausgewogen) 1,80 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10—20 Pf. billiger.

— Zu den beliebten Unterhaltungen gehören jetzt die Konzerte von Damen-Kapellen, dies sieht man an der freundlichen Aufnahme, welche die Darbietungen des Damen-Orchesters „Bivoj" in Kotz' Garten finden, auf welches wir bereits hingewiesen haben. — Weiter hat Herr Musikdir. Engelhardt in der „Alten Liedertafel" das Künstler-Ensemble „Ghismonde" gewonnen, das in seinen Vorträgen mit Recht allseitigen Beifall findet. Obwohl die Witterung bisher für Garten-Konzerte wenig günstig war, hat sich der Besuch doch gesteigert. Das Ensemble bietet nicht nur korrekte Gesamtleistungen, sondern verfügt auch über treffliche Solistimmen und das Programm ist so geschickt zusammengestellt, daß es eine angenehme Unterhaltung für Jedermann bietet.

— Ein freundlichen Erfolg hat das Juni-Programm des Konkordia-Theaters zu verzeichnen, sehr vortheilhaft hat sich Mr. Sevillo mit seiner originellen Jongleur-Scene im Kaffeehaus eingeführt, ebenso Miß Siecce, welche in humoristischen Schatten-Silhouetten sehr tüchtiges leistet. Neu eingetreten sind ferner eine Anzahl von Sängerinnen, von denen besonders Fräulein Castelli und die Excentric-Duettisten Geschwister Craniere hervorzuheben sind. Mad. Jenny mit ihrer vorzüglich dressirten Hundegruppe bleibt noch für kurze Zeit dem Programm erhalten.

Aus den Provinzen.

× **Greifenhagen**, 3. Juni. Vorgestern wurde aus der Wohnung des Schützenwirths Scherlau eine goldene Herren- und eine goldene Damenuhr mit Kette und Medaillon gestohlen und berührte der Verlust der gestohlenen Gegenstände Herrn Scherlau deshalb besonders unangenehm, weil die goldene Herrenuhr ein Geschenk war, welches er in seiner früheren Thätigkeit als Schiffskapitän von der chinesischen Regierung nach der Ueberführung eines auf dem „Vulkan" erbauten chinesischen Panzers erhalten hatte. Zum Glück war der Diebstahl aber von „ehrlichen Spitzbuben" ausgeführt, welche ihre Beute wieder zurückbrachten, beide Uhren mit Ketten wurden heute Morgen zwischen Fenster und Fensterlade der Gaststube des Schützenhauses gefunden.

4 **Greifenberg**, 2. Juni. In Neides, der Familie des früheren Landtagsabgeordneten von Elbe gehörig, brach vorgestern in einem Tagelöhnerhause Feuer aus und legte dies und den Inhalt in Asche. — Die nach Seebad Horst gehenden Badegäste werden es mit Befriedigung wahrnehmen, daß mit Beginn dieses Monats dort eine Telegraphen-Betriebsstelle mit der dortigen Ortspostanstalt verbunden ist. Bisher hatte man ½—¾ Stunden zu gehen, um die nächste Telegraphenstelle zu erreichen.

§ **Kolberg**, 4. Juni. Am morgigen Sonntag begeht die hiesige Fleischer-Innung die Feier ihres 400jährigen Bestehens und sind umfassende Vorbereitungen getroffen, dieselbe würdig zu begehen. Am Nachmittag wird ein Festzug durch die Stadt veranstaltet. — Nächsten Sonntag kann der hiesige Kriegerverein auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. — Bis zum 2. d. Mts. waren in unserem Bade bereits 119 Fremde eingetroffen.

Kolberg, 4. Juni. Der Gau 28 des Deutschen Radfahrer-Bundes veranstaltet am Sonntag, den 19. d. Mts., auf der Chaussee Stolp-Zitzewitz-Schlawe ein 30 Kilometer-Mannschaftsrennen für die Bundesvereine des Gaues.

Kunst und Wissenschaft.

— Am Mittwoch, den 8. Juni, zu einer noch genauer zu bestimmenden Stunde, finden in Paris, Straßburg, München, Berlin, Wien, Warschau, Petersburg gleichzeitig Ballonaufstiege zum Zwecke wissenschaftlicher Studien statt. Es werden in den genannten Stationen, wie bei den früheren Aufstiegen, mehrere, sowohl bemannte als unbemannte Ballons mit Registrir-Apparaten losgelassen, welche voraussichtlich werthvolle Daten über Dichte, Feuchtigkeit und Temperatur der Luft bringen werden. Der Aufstieg der unbemannten Ballons, welche beiläufig eine Strecke von 1000 Kilometern zurücklegen werden, erfolgt bekanntlich zuweilen unter nicht besonders einfachen Umständen, zumal im gebirgigen Terrain oder im Waldgebiete. Hierbei ist es vortheilhaft, vom Orte, an welchem ein Ballon bemerkt wird, an die nächste Zentralstelle zu telegraphiren. Zum Beispiel: Ein Ballon passirte um 2 Uhr Nachmittags, von Süden kommend, in einer Höhe von ca. 2000 Metern den Ort X. So erhält man auch einen Anhaltspunkt über die Bestimmung des Landungspunktes. Wird so ein unbemannter Ballon gefunden, so muß er, wie auch das Instrumentarium, wohlverpackt an den Aufstiegplatz zurückgesendet werden. Um hierbei möglichst sachgemäß zu verfahren, befindet sich bei jedem solchen Ballon eine Fahne, welche folgende Worte in mehreren Sprachen enthält: „Vorsicht! Feuer, Zigarren und Pfeifen weg! 50 Mark Belohnung, nehmet die gelbe Tasche und leset!" Eine Instruktion in dieser Tasche beschreibt den Vorgang bei der Entleerung des Ballons, sowie die Verpackung der Instrumente. Da diese internationalen Simultanfahrten hohen Werth besitzen, ist anzunehmen, daß alle Schichten der Bevölkerung regen Antheil daran nehmen und die gute Sache unterstützen werden.

Gerichts-Zeitung.

Zabern im Elsaß, 3. Juni. Das Landgericht verurtheilte heute in der Beleidigungsklage des Pfarrers l'Huillier in Alberschweiler gegen den Pfarrer Gerbert in Saarburg i. L. wegen einer Kritik des letzteren über Vorkommnisse bei einer Fronleichnamsprozession in Alberschweiler den Beklagten wegen Beleidigung in zwei Fällen zu 30 Mark beziehungsweise zu 20 Mark Geldstrafe; außerdem soll das Urtheil in mehreren Zeitungen veröffentlicht werden. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Beklagten auferlegt. Die Nebenkläger wurden kostenpflichtig abgewiesen.

Vermischte Nachrichten.

— [Ein kurioses Sympathiemittel.] Daß in dem aufgeklärten neunzehnten Jahrhundert der Aberglaube namentlich bei den liebeglühenden Küchenfeen seine Opfer fordert, ist bekannt. Die Rathschläge und Weissagungen der klugen Frauen und Kartenlegerinnen werden von Jette, Guste, Lina u. s. w. sehr ernst genommen. Das Dienstmädchen Bertha Gottschalk hatte auf dem Tanzboden eines Lokals in der Berliner Hasenheide die Bekanntschaft des Arbeiters Paul T. gemacht und sich sogleich in den blondgelockten Jüngling sterblich verliebt. Wie es jedoch im Leben geht, brachte der junge Mann der liebebedürftigen Beherrscherin der Kochtöpfe nicht die nöthige Zuneigung entgegen. Bertha G. war untröstlich und holte sich bei einer Kartenlegerin Rath, wie sie den Erwählten an sich fesseln könne. Die kluge Frau hatte auch gegen Geld und gute Worte ein Pulver bei der Hand, welches die Kraft haben sollte, den schönen Paul bis über beide Ohren in das Mädchen verliebt zu machen. Bertha war überglücklich und versprach, das Pulver genau nach Vorschrift anzuwenden. Am zweiten Pfingsttag sah sie ihren Herzensschatz im erwähnten Lokal in den Armen einer anderen Küchenfee. Als der Tanz zu Ende, knüpfte sie mit Paul ein Gespräch an und schüttete ihm dabei heimlich eine kleine Quantität des Pulvers auf den Kopf, was sie noch zweimal, wie ihr die Kartenlegerin gerathen, wiederholte, beim dritten Mal zur Stärkung des Zaubers die Worte gebrauchend: „Auf ewig mein!" Die Quantität des seltsamen Sympathiemittels mochte wohl zu groß gewesen sein oder das Mädchen sich vielleicht etwas unbeholfen dabei benommen haben, kurz, der junge Mann merkte zu seinem Schrecken, daß ihm Bertha den Kopf mit Insektenpulver bestreut habe. In dem Glauben, daß das Mädchen ihn in den Augen seiner Kameraden und der anderen Mädchen blamiren wolle, applizirte er der Küchenfee eine tüchtige Ohrfeige. Außerdem verklagte er das Mädchen wegen Beleidigung beim Schiedsmann, wo gestern Termin stattfand. Mit thränenerstickter Stimme bat Bertha ihren Paul um Verzeihung und klärte den wahren Sachverhalt auf. Auf vieles Zureden des Schiedsmannes war Paul auch bereit, von einer Klage Abstand zu nehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß Bertha 5 Mark in die Armenkasse zahlt und ihn nicht mehr mit ihrer Liebe belästige.

Dresden, 2. Juni. In dem Dorfe Kreischa bei Dresden ertränkte sich gestern die Arbeiterswittwe Kreß mit ihren zwei Kindern. Die Arme beging die That aus Nahrungssorgen.

Reichenberg, 3. Juni. In Christofgrund bei Kratzau erschoß der dreizehnjährige Häuslersohn Münnich seine elfjährige Schwester, mit der er sich neckte, aus einem Revolver, den er ungeladen wähnte.

Rom, 3. Juni. Nachdem der Leichnam Professor Geselschaps nach dem Schauhause geschafft und nachdem gerichtlich festgestellt war, daß Selbstmord vorliege, gab die Gerichtsbehörde die Genehmigung, den Leichnam nach dem protestantischen Kirchhof überzuführen. Die Bestattung wird am Sonntag stattfinden.

Berlin, 3. Juni.

Butter-Wochenbericht

von Gebrüder Lehmann & Co.,
NW. 6, Charité-Straße 7, Ecke Luisenstraße.

Für die Preisgestaltung ist es in dieser Woche kein glückliches Zusammentreffen, daß dem äußerst schwachen Konsum, wie solcher stets nach den Festtagen eintritt, eine sehr belangreiche Zufuhr gegenübersteht, zumal eine solche, die zum großen Theil noch nicht reine Graswaare und daher zu Spekulationskäufen nicht geeignet ist. Es wurde deshalb der energische Preisabschlag von 8 Mark nothwendig, wobei die hiesige Notirung ja immer noch die der auswärtigen Märkte um mehrere Mark überragt.

Preisfeststellung der von der ständigen Deputation gewählten Kommission (Alles per 50 Kilo): Hof- u. Genossenschaftsbutter: Ia. 80 M., IIa. 78 Mark und IIIa. — Mark, abfallende 75 Mark.

Bankwesen.

London, 2. Juni. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 26 046 000, Abnahme 499 000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 27 777 000, Zunahme 330 000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 37 023 000, Abnahme 169 000.
Portefeuilles Pfd. Sterl. 32 050 000, Abnahme 962 000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 42 106 000, Abnahme 1 046 000.
Guthaben des Staats Pfd. Sterl. 11 700 000, Abnahme 262 000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 23 809 000, Abnahme 379 000.
Regierungs-Sicherheit Pfd. Sterl. 13 307 000, Zunahme 106 000.
Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven 48 gegen 47¾ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 156 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres weniger 1 Million.

Börsen-Berichte.

Stettin, 4. Juni. Wetter: Schön. Temperatur + 14 Grad Reaumur. Barometer 767 Millimeter. Wind: SW.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 52,60 bez.

Landmarkt.

Weizen 230—235. Roggen 150—154. Gerste —. Hafer 160—164. Heu 2,50 bis 3. Stroh 32—35. Kartoffeln 42—48 per 24 Ztr.

Berlin, 4. Juni. In Getreide ꝛc. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 53,30, loko 50er amtlich —,—.

London, 4. Juni. Wetter: Trübe.

Berlin, 4. Juni. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	102,90	London kurz	204 30
do. do. 3½%	102,90	London lang	203 15
do. do. 3%	96,60	Amsterdam kurz	169 10
Deutsche Reichsanl. 3%	96,30	Paris kurz	80,75
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,40	Belgien kurz	80,65
do. do. 3%	91,10	Berliner Dampfmühlen	—,—
do. Neuländ. Pfdbr 3½%	100,20	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	100,00
3% neuländ. Pfandbriefe	91,40	„Union", Fabrik chem. Produkte	183,00
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	100,70	Barziner Papierfabrik	190,90
do. 3%	91,00	Stöwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke	184 25
Italienische Rente	92,25	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,10
do. 3% Eisenb.-Oblig.	58,20	3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	99,75
Ungar. Goldrente	102,60	Stett. Stadtanleihe 3½%	—,—
Rumän. 1881er am. Rente	100,20	**Ultimo-Kourse:**	
Serbische 4% 95er Rente	58,30	Disconto-Commandit	200 25
Griech. 5% Goldr. v. 1890	38,0	Berliner Handels-Gesellsch.	167,40
Rum. amort. Rente 4%	92,90	Oesterr. Credit	224,50
Mexikan. 6% Goldrente	98,30	Dynamite Trust	176,25
Oesterr. Banknoten	169,75	Bochumer Gußstahlfabrik	229,60
Russ. Banknoten Cassa	217,00	Laurahütte	203,50
do. do. Ultimo	217,0	Harpener	189,7
Gr. Russ. Zollcoupons	323,90	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	196 75
Französische Banknoten	80,90	Dortm. Union Litt. C.	102,50
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	85,60	Ostpreuß. Südbahn	96,00
do. (100) 4%	85,00	Marienburg-Mlawkabahn	86 00
do. (100) 4%	78,75	Norddeutscher Lloyd	116,25
do. unkd. b. 1905 (100) 3½%	——	Lombarden	33,6
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	100,50	Franzosen	153,60
Stett. Bulc.-Akt. Litt. B.	229,0	Luxemb. Prince-Henribahn	110,90
Stett. Bulc.-Prioritäten	131,00		
Stettiner Straßenbahn	196,25		
Petersburg kurz	216,60		
Warschau kurz	216 85		

Tendenz: Fest.

Paris, 3. Juni, Nachmittags. (Schlußkourse.) Fest.

	3.	2.
3% Franz. Rente	103,17	102,92
3% Ital. Rente	93,25	92,80
Portugiesen	18,40	18,10
Portugiesische Tabaksoblig.	437,00	433,00
4% Rumänier	93,85	—,—
4% Russen de 1889	—,—	—,—
4% Russen de 1894	—,—	—,—
3½% Russ. Anl.	101,00	—,—
3% Russen (neue)	96,00	95,85
4% Serben	—,—	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	35,37	34,37
Convert. Türken	21,77	21,55
Türkische Loose	110,00	108,00
4% türk. Pr.-Obligationen	463,00	463,00
Tabacs Ottom.	—,—	280,00
4% ungar. Goldrente	—,—	—,—
Meridional-Aktien	—,—	676,00
Oesterreichische Staatsbahn	778,00	778,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	—,—	3600
B. de Paris	945,00	940,00
Banque ottomane	549,00	545,00
Credit Lyonnais	830,00	823,00
Debeers	694,00	687,00
Langl. Estat.	78,00	77,50
Rio Tinto-Aktien	671,00	665,00
Robinson-Aktien	205 00	206,00
Suezkanal-Aktien	3627	3600
Wechsel auf Amsterdam kurz	207,06	207,12
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122⁹/₁₆	122⁹/₁₆
do. auf Italien	6,87	6,87
do. auf London kurz	25,27	25,26½
Cheque auf London	25,29	25,28½
do. auf Madrid kurz	272,00	270,00
do. auf Wien kurz	207,75	207,75
Huanchaca	51,00	50,00
Privatdiskont	1¾	1⅞

Hamburg, 3. Juni, 6 Uhr Abends. Zuckermarkt. (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% frei an Bord Hamburg per Juni 9,80, per August 9,95, per Oktober-Dezember 9,72½. Ruhig.

Hamburg, 3. Juni, 6 Uhr Abends. (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) Kaffee good average Santos per September 31,25, per März 32,50. Ruhig.

Bremen, 3. Juni. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loko 6,00 B. Schmalz ruhig. Wilcox 33¼ Pf., Armour shield 33¼ Pf., Cudahy 34½ Pf., Choice Grocery 34½ Pf., White label 34½ Pf. Speck ruhig. Short clear middl. loko 32 Pf. Reis fest.

Amsterdam, 3. Juni. Java-Kaffee good ordinary 33,75.

Amsterdam, 3. Juni, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine geschäftslos, per November —. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine fest, per Oktober 125,00. Rüböl loko 27,50, per Herbst 24,37.

Amsterdam, 3. Juni. Bancazinn 40,87.

Antwerpen, 3. Juni. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen träge. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Antwerpen, 3. Juni, Nachmittags 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 17,62 bez. u. B., per Juni 17,62 B., per Juli 17,75 B., per September 18,00 B. Fest. — Schmalz per Juni 80,50.

Paris, 3. Juni, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 30,00 bis 30,50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Juni 32,37, per Juli 32,62, per Juli-August 32,62, per Oktober-Januar 31,62.

Paris, 3. Juni, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Juni 28,55, per Juli 28,10, per Juli-August 27,95, per September-Dezember 23,65. Roggen ruhig, per Juni 19,75, per September-Dezember 14,60. Mehl beh., per Juni 62,20, per Juli 61,15, per Juli-August 59,60, per September-Dezember 52,35. Rüböl fest, per Juni 55,00, per Juli 55,00, per Juli-August 55,25, per September-Dezember 56,00. Spiritus beh., per Juni 49,00, per Juli 48,50, per Juli-August 48,75, per September-Dezember 44,50. — Wetter: Veränderlich.

London, 3. Juni. Chili-Kupfer 51,00, per drei Monate 51³/₁₆.

London, 3. Juni. Spanisches Blei 13 Lstr. 11 Sh. 3 d.

London, 3. Juni. 96proz. Javazucker 12,62, ruhig. Rüben-Rohzucker loko 9¹³/₁₆, fest. Centrifugal —,—.

London, 3. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Markt träge. Weizen 1—1½ Sh., Mehl ½—1 Sh., runder Mais und Gerste ½ Sh., Hafer ¼ Sh. niedriger.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 41,640, Gerste 1200, Hafer 42 560 Quarters.

Liverpool, 3. Juni. Getreidemarkt. Weizen fest, jedoch ½—1 d. niedriger als vorige Woche, Mehl 2 d. niedriger als vorige Woche, Mais ruhig aber stetig. — Wetter: Schön.

Glasgow, 3. Juni, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 46 Sh. 1½ d. Warrants middlesborough III. 40 Sh. 1½ d.

Petersburg, 3. Juni. Weizen loko 13,50 bis —,—, Roggen loko 7,25 bis —,—, Hafer loko 4,50 bis 4,70, Leinsaat loko 12,50, Hanf loko —,—, Talg loko —,—, per August —,—. — Wetter: Trübe.

Newyork, 3. Juni. (Anfangskourse.) Weizen per September 84,75. Mais per September 39,00.

Newyork, 3. Juni, Abends 6 Uhr.

	3.	2.
Baumwolle in Newyork	6,50	6,50
do. Lieferung per Juni	—,—	6,41
do. Lieferung per August	—,—	6,28
do. in Neworleans	6¹/₁₆	6¹/₁₆
Petroleum, raff. (in Cases)	6,80	6,80
Standard white in Newyork	6 15	6,15
do. in Philadelphia	6,10	6,10
Credit Balances at Oil City Febr.	86,00	86,00
Schmalz Western steam	6,47½	6,40
do. Rohe und Brothers	6,70	6,60
Zucker Fair refining Moscovados	3,75	3,75
Weizen fest.		
Rother Winterweizen loko	*)	nom.
per Juli	100,12	97,75
per September	85,37	84.00
per Dezember	83,37	82,00
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,50	6,50
per Juli	5,80	5 85
per September	5,90	5,95
Mehl (Spring-Wheat clears)	4,80	4,75
Mais stetig,		
per Juli	37,87	38,25
per September	38,75	39,00
per Dezember	39,12	39,37
Kupfer	12,00	12.00
Zinn	14,85	14,85
Getreidefracht nach Liverpool	3,00	3,00

*) Exportwaare 116, Terminwaare 120.

Chicago, 3. Juni.

	3.	2.
Weizen fest, per Juli	94,00	91,87
per September	80,50	79,00
Mais stetig, per Juli	33,12	33,37
Pork per Juni	10,95	10,87½
Speck short clear	6,25	6,25

Wasserstand.

* **Stettin**, 4. Juni. Im Revier 5,45 Meter = 17' 5".

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 4. Juni. Der „Frankf. Ztg." wird aus Newyork gemeldet: Die Rekognoszirung der Schiffe des Schley'schen Geschwaders stellt fest, daß Santiago mit modernen Geschützen gut befestigt und mit rauchlosem Pulver versehen sei, daher eine schwere Kanonade nothwendig werden würde.

Das „Evening Journal" publizirt eine Spezialdepesche aus Kap Haiti, welche meldet, daß ein amerikanischer Kreuzer im Santiago-Kanal gesunken sei.

Auf St. Domingo herrscht Revolution, die Lage daselbst ist sehr ernst.

Wien, 4. Juni. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat die Absicht, im Reichsrath die erste Lesung der Regierungsvorlagen in Abendsitzungen stattfinden zu lassen, in den Reihen der Opposition den heftigsten Widerstand hervorgerufen. Sollte dieses Vorhaben erzwungen werden, so werden sich die Sturm-Excesse noch stärker als unter der Aera Badeni wiederholen.

Paris, 4. Juni. Hier tritt mit Bestimmtheit das Gerücht auf, daß Meline entschlossen sei, den Kriegsminister Billot durch den General Saussier zu ersetzen.

London, 4. Juni. „Daily Mail" meldet, die Truppen seien nach Manila abgegangen. Präsident Mac Kinley sei jedoch noch immer entschlossen, Havanna nicht zu bombardiren, da er versicherte, daß bei einer solchen Aktion die Verluste auf amerikanischer Seite sehr bedeutende sein würden.

Newyork, 4. Juni. „Evening Journal" meldet vom Kap Haiti, daß gestern eine heftige Kanonade seit Morgens 3 Uhr vernommen worden sei und bis 4 Uhr dauerte. Ein amerikanischer Hülfskreuzer, welcher versuchte zwei Torpedos zu zerstören, wurde in den Grund gebohrt. Ein Offizier, ein Maschinist und sechs Matrosen wurden von den Spaniern gefangen genommen. Die Zahl der Todten ist noch nicht festgestellt.

Newyork, 4. Juni. Der Kriegs- und der Marineminister stellte weitere Geldforderungen an den Finanzminister. Letzterer gab 50 Millionen und eine Anweisung bis zum Höchstbetrage von 200 Millionen.

Washington, 4. Juni. Der offizielle Bericht des Kommodore Schley über die am Dienstag bei Santiago stattgehabte Schlacht ist im Marinedepartement gestern angekommen und gleich darauf im Ministerrath verlesen worden. Schley versichert in dem Bericht, daß der spanische Admiral Cervera sich während der Schlacht im Hafen befunden habe und erklärt den Angriff dahin, daß er die spanischen Batterien habe unschädlich machen wollen. Ein amerikanisches Schiff sei beschädigt worden, verletzt wurde Niemand.

San Francisco, 4. Juni. Die Vorbereitungen zur Absendung des zweiten Verstärkungsgeschwaders für die Philippinen sind am Dienstag beendet. Die Expedition wird am Donnerstag nächster Woche abgehen, dieselbe beträgt 4500 Mann.

Havanna, 4. Juni. Der Korrespondent der „Times", der von den Spaniern gefangen genommen war, ist auf Befehl des Marschall Blanco wieder freigelassen.